

Aktionsprogramm Integration

– Hesse ist, wer Hesse sein will

1. Einleitung

Hesse ist, wer Hesse sein will. Der Hessische Ministerpräsident Georg-August Zinn hat mit seinem berühmten Ausspruch das weitreichendste Integrationsversprechen in der Geschichte des Landes abgegeben. Zinns Haltung ist für uns heute noch Orientierung in der Integrationspolitik. Sein Satz, dazugehören, wenn man dazugehören wolle, zeigt die Vielseitigkeit von Integration. Integration ist keine Einbahnstraße. Chancen müssen gegeben, aber auch ergriffen werden. Dabei richtet sich Integration nicht nur an Menschen mit Migrationshintergrund. Wir alle müssen uns der Herausforderung stellen, gemeinsam Antworten auf die sich in diesem Zusammenhang stellenden Fragen zu finden.

Gerade angesichts des demografischen Wandels müssen wir uns der geordneten Zuwanderung öffnen. Denn Zuwanderung und gelungene Integration bedeuten Stärkung für unsere schrumpfende Gesellschaft. Es muss Menschen geben, die in unseren Verwaltungen arbeiten, die im Brandfall unsere Häuser löschen, die auf Streife fahren, um unsere Sicherheit herzustellen, die unsere Kinder erziehen und unterrichten, die unsere Häuser bauen, unsere Autos reparieren, die unseren Müll abholen, unsere Äcker bestellen und unsere Lebensmittel ernten, die uns im Krankheitsfall gesund machen und im Alter pflegen. Und es gibt immer weniger unter uns, die diese Aufgaben übernehmen. Deswegen brauchen wir Zuwanderung. Und wir brauchen Integration, um in guter Nachbarschaft miteinander zu leben.

Dabei müssen wir einerseits die realen Herausforderungen von Integration angehen, die im Zuge der Humanitätskrise und des starken Zuzugs geflüchteter Menschen im Jahr 2015 offenkundig geworden sind. Andererseits müssen wir immer wieder den Zusammenhalt in der Gesamtgesellschaft stärken. Ehrenamtliche arbeiteten an der Grenze ihrer Möglichkeiten für Aufnahme, Unterbringung und Integration der Geflüchteten. Und zu Recht ist bei vielen der Eindruck verblieben, dass politische

Gestaltungsräume für den sozialen Zusammenhalt über Jahre negiert worden sind, im Zuge der Humanitätskrise allerdings aktiviert wurden, um Menschen vor Terror, Krieg und Elend zu retten. Eine Politik, die auf Solidarität und Mitmenschlichkeit setzt, muss den Zusammenhalt wieder stärken. Dabei geht es uns um den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt, um Politik für viele statt für einige, um Teilhabe und Aufstiegschancen für alle in dieser Gesellschaft. Das stärkt auch die Solidarität.

Auch deswegen ist uns wichtig,

- sichere und auskömmliche Arbeit zu schaffen,
- für eine solidarische Grundsicherung einzutreten und Lebensleistungen zu schützen, auskömmliche Renten zu erreichen,
- die Zweiklassengesellschaft im ärztlichen Wartezimmer zu überwinden,
- unser Bildungssystem gerechter und offener zu machen, damit Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen,
- eine Ausbildungsgarantie einzuführen, damit alle einen berufsqualifizierenden Abschluss machen können,
- Stadt und Land in der Mobilität besser zu verbinden und
- bezahlbare Wohnungen für alle zu bauen.

Seine eigene Identität zu entwickeln und sich gleichzeitig in die Gesellschaft zu integrieren ist eine doppelte Herausforderung für alle. Jede/r Einzelne ist in diesem Prozess in den unterschiedlichsten Stadien der persönlichen Entwicklung dem Risiko des Scheiterns ausgesetzt. Unterschiedliche Gruppen in unserem Land haben die unterschiedlichsten Integrationsprobleme. Erkennbar ist, dass Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen deutlich höhere Risiken des Scheiterns ihrer Integrationsbemühungen tragen als die sozial besser Gestellten. Menschen mit Migrationshintergrund leben überdurchschnittlich oft in solchen benachteiligten Lebenslagen.

Deswegen bleiben

- die Bekämpfung von sozialen Schieflagen,
- die Sicherung einer beruflichen Qualifikation und
- der Zugang zum Arbeitsmarkt
- auch die wirkungsvollsten Instrumente gegen Integrationsversagen.

Die Aufgabe von Integrationspolitik ist nicht die Regelung von Zuwanderung. Es geht vielmehr darum, unsere Gesellschaft politisch und sozial für alle zukunftsfähig zu machen. Wer neu ankommt, muss prinzipiell die gleiche Chance auf Teilhabe haben wie der schon lange hier Lebende. Er muss aber auch auf die Gesellschaft, die Werte und Gesetze vorbereitet werden im Sinne einer doppelten Integration.

Integration muss deshalb als gestaltende Gesellschaftspolitik im weitesten Sinne verstanden werden. Ihre Aufgabe besteht darin, mit den Mitteln zivilgesellschaftlichen Engagements und staatlicher Politik die Verständigung und den Ausgleich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu stärken. Dazu muss sie zwischen unterschiedlichen, zuweilen widerstreitenden Interessen vermitteln, um den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt zu stärken. In diesem Prozess leiten uns kulturelle und religiöse Offenheit und Respekt vor der Unterschiedlichkeit als zugleich unabdingbare Voraussetzungen für die Stabilität unserer freiheitlichen Gesellschaft und des sozialen Friedens. Das Aushalten von ökonomischer, sozialer und kultureller Diversität und Inhomogenität sowie der Ausgleich zwischen unterschiedlichen Gruppen gehören zu den Grundbefindlichkeiten moderner Gesellschaften und sind deshalb immer wieder neue Herausforderungen für alle Beteiligten.

Bezogen auf Migration ist Integration die Verständigung und der Interessenausgleich zwischen über Generationen ansässiger Bevölkerung und den in sich wiederum sehr unterschiedlichen Gruppen von Zuwanderern über die Grundlagen, Formen und Regeln des Zusammenlebens.

Sie beruht auf wechselseitigem Verständnis; **ihre Grundlagen sind**

- Toleranz,
- gegenseitiger Respekt und
- die Anerkennung von Individualität und Diversität.

Den Personen ohne Migrationshintergrund und den von ihnen geprägten gesellschaftlichen und politischen Institutionen kommt die Verantwortung zu, die Voraussetzungen für Austausch und Teilhabe aller zu schaffen. Personen mit Migrationshintergrund müssen die Chance zur gleichberechtigten aktiven Teilhabe in der Gesellschaft haben. Sie tragen aber auch die Verantwortung, diese Chancen zu erkennen und wahrzunehmen. Das Ziel ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund in einer am Grundgesetz ausgerichteten Rechts- und Wertegemeinschaft.

Ein Viertel der Menschen in Hessen hat einen Migrationshintergrund. Unter den Jüngeren ist der Anteil weit höher. Hessen muss aufgrund seiner Vielfalt auch eine Führungsrolle für gelungene Integration übernehmen. Wir wollen Hessen zum Land der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung, der gleichen Bildungschancen und der guten Arbeit, der Anerkennung und des friedlichen Zusammenlebens machen. Dazu gehört, dass die Integration von Menschen unterschiedlichster Herkunft, Kultur und Religion von Respekt und Akzeptanz geprägt ist und nicht von Misstrauen und der Erwartung einer „Unterordnung“.

Integration bedeutet für uns, dass alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, sich aktiv am

- politischen,
- wirtschaftlichen,
- sozialen und
- kulturellen Leben zu beteiligen.

Integration ist deshalb ein ständiger, dynamischer und wechselseitiger Prozess der Verständigung über gemeinsame Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens auf der Basis unserer Grundwerte. Wir sind überzeugt, dass eine solche Integrationspolitik die Zukunftschancen unseres Landes verbessert. Hessen lebt auch von seiner Weltoffenheit und profitiert von ihr! In der Mitte Deutschlands und Europas, mit wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen in alle Länder und Erdteile ist es auf gute Nachbarschaft nach innen und nach außen angewiesen. Personen mit Migrationshintergrund tragen bereits heute in erheblichem Maße zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei. Uns verbindet mehr als uns trennt.

Wir wollen Tempo machen bei der Umsetzung der Selbstverpflichtungen, die auch Hessen im Rahmen des nationalen Integrationsplans eingegangen ist.

Dazu gehören

- der integrationsorientierte Ausbau von Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangeboten in Kindertageseinrichtungen,
- die Bildungs- und Erziehungspläne für die Arbeit in Schule und Kindergarten,
- die gemeinwesen- und stadtteilorientierte Öffnung der Bildungseinrichtungen,
- die in den Einrichtungsalltag integrierte Sprachförderung,
- den Ausbau von Ganztagschulen in Form von 50 zusätzlichen echten Ganztagschulen pro Jahr,
- keine Schulabgänger ohne Abschluss,
- die aktive Zusammenarbeit von Elternhaus und Bildungseinrichtungen und
- die interkulturelle Öffnung der Verwaltung durch Fortbildungen und gezieltes Anwerben von Menschen mit Migrationshintergrund gerade für Behörden mit häufigem Bürgerkontakt wie z. B. die Polizei.

Erfolgreiche Integrationspolitik braucht flächendeckend allgemein bekannte und überall zugängliche Anlaufstellen und Angebote. Wir stellen dabei Kinder und Jugendliche in den Vordergrund, denn sie zu erreichen und ihre Chancen zu erhöhen, sichert unser

aller Zukunft. Wir setzen auf pragmatische, niedrigschwellige Angebote des Staates und wollen die Zivilgesellschaft nicht nur einbeziehen, sondern aktiv mitgestalten lassen. Denn man muss Kinder und Jugendliche da abholen, wo sie sind.

Deswegen müssen wir

- eine verlässliche Migrationsberatung wieder einführen und
- Familienzentren als wichtige Anlaufstelle ausbauen.

Es geht um das gesamte gesellschaftliche Spektrum, das einbezogen und vernetzt werden muss. Das sind Personen mit und ohne Migrationshintergrund ebenso wie Vereine und Verbände aus allen gesellschaftlichen Bereichen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Medien, die Kulturschaffenden und die Wirtschaft. Nur mit ihnen zusammen kann es der Politik gelingen, Integration dort erfolgreich zu gestalten, wo sie tatsächlich stattfindet, nämlich bei den Menschen.

2. Unser Grundgesetz als Leitbild

Integration lebt von Gegenseitigkeit und Augenhöhe. Es handelt sich um einen Aushandlungsprozess, der einerseits Offenheit und Dialogbereitschaft verlangt. Er setzt aber gerade in einer vielfältigen Gesellschaft auch ein gemeinsames Fundament voraus. Je mehr kulturelle und religiöse Vielfalt zunehmen, desto stabiler muss der gesellschaftliche Konsens sein, das Wertefundament, auf dem unser Miteinander fußt. Gesellschaftliche Normen und Wertvorstellungen befinden sich im stetigen Wandel. Unser Grundgesetz hat sich im Wandel dennoch als Ordnungsrahmen für unser Zusammenleben bewährt. Es schafft Raum für Vielfalt, gibt Orientierung in den grundlegenden Fragen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Denn Vielfalt und Toleranz für Unterschiedlichkeiten meint nicht Beliebigkeit.

Unser Grundgesetz spiegelt das Leitbild für unser Zusammenleben wider. Es gibt die grundlegenden Regeln des Zusammenlebens vor, ohne Neues und Veränderung auszuschließen. Es hat sich mit dem gesellschaftlichen Fortschritt über Jahrzehnte weiterentwickelt. Einem starren und ausgrenzenden Leitkulturbegriff setzen wir das inklusive Leitbild des Grundgesetzes gegenüber. Denn unser Grundgesetz lässt Freiheiten für unterschiedliche Lebensentwürfe, Meinungen, Überzeugungen und Sichtweisen. Miteinander statt Nebeneinander erreichen wir nur, wenn es eine wechselseitige Akzeptanz für gemeinsame Regeln bei gleichzeitiger Bereitschaft für den Wandel gibt.

Für eine friedvolle, vielfältige und freiheitliche Gesellschaft sind die Werte unseres Grundgesetzes unerlässlich. Die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen ist der erste Artikel unserer Verfassung. Hieraus leiten sich andere Grundrechte ab, die nicht nur grundlegend für unsere Verfassung sind, sondern konstitutiv für unsere Gesellschaft. Gerade in der historischen Konsequenz garantiert das Grundgesetz die freie Rede und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses, die ihr Ende jeweils in der Freiheit der Andersdenkenden und Andersgläubigen finden. Deswegen ist es unerlässlich, den demokratischen Meinungswettstreit, den öffentlichen Diskurs und Freiräume für Religionsausübung zu verteidigen. Alle Menschen dürfen denken, sagen, schreiben, anbeten und lieben, was und wen sie wollen. Gleichzeitig finden diese

Freiheiten ihr Ende bei Menschenfeindlichkeit und Hass. Rechtem Hass begegnen wir mit der gleichen Härte wie religiös motiviertem Hass. Und unser Grundgesetz steht für gleiche Rechte für Männer und Frauen, die Gleichheit vor dem Gesetz, das gleiche Anrecht auf Respekt, Wertschätzung und Achtung genauso wie die gleiche Chance auf politische, ökonomische und gesellschaftliche Teilhabe. Die vollständige Gleichstellung der Geschlechter ist für uns nicht verhandelbar.

a. Demokratie

Gerade in einer vielfältigen Gesellschaft wie der unseren erweist sich die freiheitlich-demokratische Grundordnung als unerlässliches Fundament für ein friedliches Zusammenleben. Politische Richtungsentscheidungen werden von keiner selbst ernannten schweigenden Mehrheit ausgerufen, sondern durch Wahlen von der realen Mehrheit getroffen. Gleichzeitig ist der Schutz von Minderheiten konstitutiv. Es gilt Gewaltenteilung. Unsere Demokratie ist selbstbewusst und wehrhaft. Das Recht, sich eine Meinung frei zu bilden und zu äußern, gehört zu den Grundpfeilern unserer Demokratie. Kontroversen und kritische Meinungen sind akzeptiert und Teil unseres Meinungspluralismus. Und dennoch hat dieses Recht Grenzen: Jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit und politischem oder religiösem Extremismus trifft auf unseren Widerstand und hat keinen Platz bei uns. Niemand nimmt das Recht selbst in die Hand. Konflikte werden von einer unabhängigen Justiz gelöst. Recht zu verstehen und einzuhalten ist ein Auftrag an alle Menschen in unserer Gesellschaft. Deswegen gilt es auch, demokratische Erziehung und politische Bildung für alle zu stärken. Wir wollen demokratische Erziehung und politische Bildung für alle statt Generalverdacht und Rechtsstaatsklassen für Zugewanderte.

Wir wollen

- die Demokratiebildung in der Schule zur Querschnittsaufgabe für alle Kinder machen,
- den Politikunterricht in allen Schulformen wieder ausbauen, weil Kinder nur zu

- mündigen Demokratinnen und Demokraten reifen, wenn sie unser politisches System verstehen,
- die außerschulische Jugendbildung stärken und
 - die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften im Bereich der politischen Bildung verbessern.

b. Religionsfreiheit

Deutschland ist ein multireligiöses Land. Mehr als die Hälfte der Menschen sind in den Kirchen organisiert, 5 % sind muslimischen Glaubens, ein Drittel der Menschen gehört keiner Religion oder Konfession an. Unser Staat hat ein positives Verhältnis zu Religion, er ist säkular, aber nicht laizistisch. Staat und Kirche sind bei uns getrennt. Auf diese Trennung legen wir Wert, dabei schützen wir dennoch das Bekenntnis des Einzelnen, das Recht, sich zu bekennen oder sich nicht zu bekennen, sowie die Arbeit der Glaubensgemeinschaften in besonderer Weise. Trotz christlicher Prägung bewertet unser Staat einzelne Konfessionen nicht. Religionsfreiheit gehört zu Deutschland und zu Hessen. Das ist nicht nur eine Feststellung, sondern leitet sich aus der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab. Denn Demokratie gibt es nicht ohne die Freiheit des Bekenntnisses. Glaubensinhalte müssen allerdings so gelebt werden, dass sie mit dem multireligiösen und pluralen Deutschland vereinbar sind. Die Religionsgemeinschaften müssen sich daher so organisieren, dass sie als verlässlicher und repräsentativer Kooperationspartner wirken können. Das Modell der „fördernden Neutralität“ des Staates hat sich bewährt.

Deswegen wollen wir

- Religion in die Mitte der Gesellschaft holen und begrüßen deutschsprachige Geistliche,
- die Beteiligung islamischer Gemeinden der anderer Religionsgemeinschaften gleichstellen, wenngleich die Zersplitterung islamischer Gemeinden eine Herausforderung bleibt,

- den bekenntnisorientierten Religionsunterricht für große Minderheiten, damit theologische Inhalte in unseren Schulen unter Aufsicht vermittelt werden,
- Freiräume für Religiosität schaffen und verteidigen und uns Fundamentalismus klar und unmissverständlich in den Weg stellen.

c. Gleichstellung

Männer und Frauen sind gleichberechtigt, gleich in ihren Rechten und vor dem Gesetz, gleich in ihrem Anspruch auf politische, soziale und wirtschaftliche Teilhabe. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen hat einen prominenten Platz im Grundgesetz und in der Partei von Elisabeth Selbert, die zusammen mit den anderen Müttern des Grundgesetzes die Gleichberechtigung von Männern und Frauen hart erkämpfte. 1949 war die Gleichberechtigung von Männern und Frauen mehr Programm als Realität. Und dennoch hat die Gleichstellung im Grundgesetz den Weg für zahlreiche Reformen geebnet. Sie war Grundlage für die Änderung des Familienrechts, des Namensrechts, des Eherechts, für Gleichstellungen im Beruf, für Reformen von Rente und Pflege und für die Öffnung der Bundeswehr. Die vollständige Gleichstellung ist bis heute nicht erreicht. Seit der Einfügung des Staatsziels der realen Gleichstellung ist deutlich, dass es um eine fortlaufende Entwicklung geht, die unser Grundgesetz will und unser Staat fördert. Sie ist im Einzelnen immer wieder Gegenstand politischer Auseinandersetzungen, etwa bei der Frage gleicher Bezahlung, der Anerkennung von häuslicher, Familien- und Pflegearbeit oder der Besetzung von Führungsaufgaben in Politik und Wirtschaft. Im Grundsatz ist die Gleichstellung aber Teil unseres gesellschaftlichen Leitbildes: Es zu vermitteln, ist Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen. Es zu akzeptieren, ist eine Verpflichtung für alle hier Lebenden.

Wir müssen

- insbesondere Mädchen und junge Frauen mit Beratung und Berufsorientierung dabei unterstützen, ihre Chancen für berufliche und soziale Unabhängigkeit zu ergreifen,

- sicherstellen, dass öffentliche Angebote nicht an fehlender Kinderbetreuung scheitern,
- aufklären, aber auch durchsetzen, dass die Erfüllung der Schulpflicht und die Teilnahme an schulischen Pflichtveranstaltungen wie z. B. Sport-, Biologie-, Sexualkundeunterricht, Klassenfahrten oder Schulfeste, Sprach- und Integrationskurse oder die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen weder durch vermeintlich religiöse Vorgaben noch durch kulturelle Gepflogenheiten gehindert werden dürfen.

3. Gute Bildung und gleiche Chancen

Die Grundlage für die Teilhabe in der Gesellschaft ist in unserem Bildungswesen verankert. **Nach wie vor hängen Bildungserfolge zu stark von der**

- Bildung der Eltern und
- von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses ab.

Menschen mit Migrationshintergrund leiden vor diesem Hintergrund häufig an Mehrfachbenachteiligungen.

Gleiche Startchancen, die Öffnung des Bildungswesens und Zugang zu Bildung unabhängig von Herkunft und Geldbeutel sind damit nicht nur ein Schlüssel für eine durchlässige Gesellschaft, sondern auch für das Gelingen von Integration. Unsere schulische und außerschulische Bildungslandschaft müssen wir modernisieren und auf die Besonderheiten einer pluralen und bunten Gesellschaft vorbereiten. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz müssen zum Qualitätsstandard werden.

Wir müssen die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen insbesondere in der sprachlichen Bildung verbessern. Und wir müssen die Eltern in der Bildungsarbeit stärker adressieren und einbinden. Die Elternarbeit ist für den Erfolg unserer Kinder in einer offenen Gesellschaft unerlässlich. Insbesondere Eltern aus Zuwandererfamilien müssen wir besser über das Bildungssystem informieren. Es braucht generell Beratung und Orientierung in Erziehungsfragen, aber auch gezielte Männer- und Väterarbeit zur Reflexion über überkommene Männlichkeitsbilder. Dabei müssen wir die hohe Glaubwürdigkeit von Migrantenselbstorganisationen und fremdsprachigen Verbänden nutzen und durch Kooperationen für die Bildungsarbeit fruchtbar machen.

a. Frühkindliche Bildung

Im Zentrum einer Bildungspolitik, die gleiche Chancen vermittelt und alle Menschen dabei unterstützt, ihre Stärken und Potenziale optimal zu entfalten, muss die frühkindliche Bildung liegen. Wir brauchen gut ausgestattete Einrichtungen, ausreichend Plätze und zusätzliche Anreize, damit auch Kinder aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Milieus in die Kita kommen und Sprachkompetenzen aufbauen. Unser Ziel ist, alle Kinder – insbesondere aus Migranten- und Flüchtlingsfamilien – für die Kita zu gewinnen.

Insbesondere braucht es

- mehr Stellen für Erzieherinnen und Erzieher und pädagogische Fachkräfte,
- mehr Mittel für die Qualität der Einrichtungen und bessere Betreuungsschlüssel,
- den Ausbau der U3-Plätze und
- die vollständige Gebührenfreiheit im frühkindlichen Bereich.

In einer bunten Gesellschaft müssen sich auch Kitas interkulturell öffnen. Konzeptionell müssen sie dabei unterstützt werden, sich zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen zu entwickeln. Dabei müssen wir uns insbesondere darauf konzentrieren, ausreichend Deutschkenntnisse zu vermitteln und damit den Grundstein für einen erfolgreichen weiteren Bildungsweg legen. Das gilt auch für Kinder aus Migrantenfamilien, aber nicht nur für sie, sondern für alle. Projekte wie die „Sprachkitas“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind wichtige Schritte in die richtige Richtung.

Wir wollen

- in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern interkulturelle Kompetenzen und Kompetenzen für den Spracherwerb vermitteln,
- mehr Freistellungen und Fortbildungen, insbesondere zertifizierte Fortbildungsangebote für interkulturelle Kompetenz schaffen, Sprachförderung für alle statt Separierung.

Der Besuch von Kitas schafft gleichzeitig einen Raum für Kontakt, Dialog und Interaktion und eine Plattform für gegenseitiges Kennenlernen und Wertschätzen. Das hilft Kindern genauso wie ihren Eltern. Wir halten außerfamiliäre Kontakte in durchmischten Gruppen für essenziell. Gesellschaftlichen Spannungen, die bereits in den Kitas beginnen, wollen wir entgegenwirken. Die Zusammensetzung von Kita-Gruppen kann dabei nicht erzwungen werden und soll es auch nicht. Es braucht eine gezielte Ansprache von Eltern und frühzeitige Beratung. Öffentliche Beratungsangebote müssen an den Bedürfnissen der Familien ausgerichtet sein. Dabei ist die Begleitung zur frühkindlichen Bildung ein guter Anknüpfungspunkt. Eltern und Kinder müssen allerdings durch alle Lebensphasen begleitet werden. Familienzentren sind daher zu stärken.

Wir wollen

- Eltern frühzeitig ansprechen und interkulturell sensibel aufbereitete Informationen über Möglichkeiten und Rahmenbedingungen der frühkindlichen Bildung direkt nach der Geburt der Kinder vermitteln,
- auf ethnisch und kulturell heterogene Kita-Gruppen hinwirken, ohne Heterogenität und Integrationserfolg für einen Automatismus zu halten, denn im Einzelfall erleichtern gleichsprachige Kinder ihren zugewanderten Altersgenossen eher den Einstieg in unsere Gesellschaft,
- in Familienzentren und Kitas die Kooperation der lokalen Akteure im Bereich Familie, Eltern und Kinder stärken, Menschen eine lebensbegleitende Beratung anbieten und als Land ein engmaschiges Beratungsnetz fördern.

b. Bessere Schulen

Auch aus dem schulischen Bildungsbereich wissen wir, dass es häufig soziale Problemlagen und weniger kulturelle oder herkunftsbezogene Anpassungsprobleme sind, die zu überdurchschnittlichem Bildungsversagen bei Kindern mit Migrationshintergrund führen. Kinder aus Migrantenfamilien verlassen überdurchschnittlich oft die Schule nach der 10. Klasse. Deswegen dient es auch der besseren Integration, wenn wir in der

Schulpolitik alle Anstrengungen auf Chancengleichheit und Durchlässigkeit ausrichten. Die soziale Selektion muss beseitigt werden. Kein Kind darf zurückgelassen werden. Die Quote für Schulabbrüche ist auch in Hessen noch zu hoch. Um dem entgegenzuwirken, braucht es Zeit und Raum für individuelle Förderung, gemeinsames und individuelles Lernen und ein inklusives Schulsystem, das ethnischer und sozialer Segregation entgegenwirkt.

Hierzu müssen wir im Einzelnen

- ein lebenslanges Recht auf einen Schulabschluss einschließlich der Förderstrukturen schaffen,
- die Zahl der Ganztagschulen bedarfsgerecht ausbauen und einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Vorschul- und Schulkinder einführen,
- Nachmittagsprogramme kostenlos gestalten, damit niemand an der Teilhabe gehindert wird,
- Schulen mit multiprofessionellen Fachkräfteteams ausstatten,
- das Schüler-BAföG von der Schulform und dem Wohnort entkoppeln.

Gute multikulturelle, multiethnische und multireligiöse Schulen brauchen geschultes Personal. Und multikulturelle, multiethnische und multireligiöse Gesellschaften brauchen vorbereitete Schülerinnen und Schüler. Dafür müssen wir Ausbildungsgänge modernisieren, entsprechende Themen in den Lehrplänen verankern und Kenntnisse vermitteln, eine Kultur der Wertschätzung mit der Vielfalt der Familien in unseren Schulen etablieren und Vorbilder mit Migrationsgeschichte für den Unterricht gewinnen.

Wir wollen

- interkulturelle Kompetenz zum Bestandteil der Lehrerausbildung machen,
- Lehrkräfte mit Migrationshintergrund und Deutsch als Zweitsprache fördern, beispielweise durch gezielte Stipendienprogramme für Lehramtsstudierende und den Abbau der Hürden bei Anerkennung von Abschlüssen,
- allen Kindern Kenntnisse über die Vielfalt von Glaubens- und Weltanschauungen

- vermitteln und ein zusätzliches verpflichtendes Unterrichtsfach Ethik und Religionskunde einführen,
- die Themen Diversität, Migration und Flucht in den Curricula verankern und
 - alle hauptsächlichen Muttersprachen als Fremdsprachen anbieten.

Ebenso gilt in der schulischen Bildung, dass der Erfolg der Kinder auch von einer guten Zusammenarbeit mit den Eltern abhängig ist. Hierzu muss die Beratung an den Bedürfnissen der Eltern ausgerichtet werden. Gleichzeitig müssen die Folgen mangelnder Unterstützung im Elternhaus, beispielsweise aufgrund sprachlicher Defizite, so weit wie möglich minimiert werden.

Wir wollen

- die Lernmethode des Wiederholens soweit bereits möglich in Ganztagschulen verankern und die Hausaufgaben abschaffen,
- Informationsmaterial über die vielfältige schulische Bildungslandschaft und weiterführende Bildungswege in den hauptsächlichen Fremdsprachen anbieten,
- mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter für Beratungs- und Betreuungsleistungen einstellen und die Kooperation mit der Jugendhilfe verbessern.

c. Berufliche Bildung

Eine gute berufliche Qualifikation gehört zu den zentralen Zugangsvoraussetzungen für gute Arbeit und für soziale und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Damit kommt dem beruflichen Bildungssystem eine große Bedeutung bei der Integration von Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu. Zentrale Herausforderung ist, die Zugangshürden – insbesondere die sprachlichen – im System der beruflichen Bildung zu beseitigen. Gleichzeitig müssen wir berufliche Schulen in ihrer Brückenfunktion für den Spracherwerb und für erste praktische Erfahrungen stärken. Ausbilderinnen

und Ausbilder sowie Personalerinnen und Personaler müssen auf multikulturelle Zusammensetzung in Betrieben und Belegschaften besser vorbereitet werden, denn sie können den beruflichen Aufstieg häufig entscheidend beeinflussen. Unser Ziel muss sein, möglichst viele Menschen für eine berufliche Ausbildung vorzubereiten und zu gewinnen.

Dies wollen wir erreichen, indem wir

- berufsbezogene Sprachkurse ausbauen,
- Ausbildungsbündnisse und Ausbildungsprogramme mit Sprachförderschwerpunkt durch mehr Landesmittel stärken,
- die Anerkennung von ausbildungsqualifizierenden ausländischen Schulabschlüssen erleichtern und kostenfrei stellen und damit den Zugang zu beruflichen Schulen verbessern,
- die Vermittlung von Sprachkompetenz in den beruflichen Schulen stärken,
- die Fortbildungsangebote für Ausbilder/-innen und Personaler/-innen ausbauen,
- die Angebote der beruflichen Schulen, Volkshochschulen und Berufsakademien, die Sprachförderung anbieten, besser vernetzen.

Innerhalb unseres Systems der Berufsbildung darf niemand auf der Strecke bleiben. Diskriminierungen müssen abgebaut werden. Für Menschen mit Migrationshintergrund braucht es Vorbilder und Ansprechpartner/-innen in den Betrieben. Mit Blick auf den enormen Fachkräftebedarf müssen die Ursachen für Ausbildungsabbrüche – insbesondere die materiellen – reduziert werden. Wer sich im Berufsbildungssystem bemüht und bewährt, muss dafür auch im Aufenthaltsrecht belohnt werden. Die SPD hat bereits durchgesetzt, dass Asylbewerber/-innen, die ihren Integrationswillen durch eine Ausbildung dokumentieren, eine Bleibeperspektive erhalten. Im nächsten Schritt braucht es Rechts- und Planungssicherheit für ausbildungswillige Betriebe. 200.000 Handwerksbetriebe stehen bundesweit in den nächsten Jahren vor einem Generationswechsel. Zugewanderte und Menschen mit Migrationshintergrund müssen auch hier dabei unterstützt werden, Verantwortung zu übernehmen und das Rückgrat der deutschen Wirtschaft zu stützen.

Hierzu wollen wir

- die fehlende bzw. mangelnde Vergütung als häufige Ursache für Ausbildungsabbrüche durch eine Mindestvergütung für Auszubildende bzw. ein öffentliches Förderwesen für Menschen in Berufsausbildung beheben,
- Mentoringprogramme für Ausbildungsbetriebe schaffen,
- anerkannten Flüchtlingen anstelle verkürzter oder vereinfachter Ausbildungsgänge, die in geringwertigen Abschlüssen und prekärer Arbeit münden, dieselben Berufsausbildungsabschlüsse anbieten,
- eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer einer Ausbildung und im Falle des erfolgreichen Abschlusses auch dauerhaft und
- ein Hessisches Meisterprogramm für Zugewanderte auflegen.

Schließlich muss aber auch jeder Mensch Zugang zu einem berufsqualifizierenden Abschluss haben, der für eine Ausbildung vorbereitet ist. Wir wollen deshalb eine Garantie einer beruflichen Qualifikation für jeden jungen Menschen unter 35 Jahren (Ausbildungsgarantie). Dazu werden wir ein auf insgesamt zehn Jahre ausgerichtetes Programm auflegen, das jedem und jedereinen Anspruch auf eine berufliche Qualifikation eröffnet. Jeder junge Mensch, der heute über keinen berufsqualifizierenden Abschluss verfügt, soll bis zu einem erfolgreichen Abschluss alle erforderlichen Angebote und Unterstützungen erhalten, wenn er oder sie es wünscht.

d. Hochschulen

Im Hochschulwesen sind Menschen mit Migrationshintergrund nach wie vor stark unterrepräsentiert. Das gilt für Lehrstühle ohnehin, es gilt aber auch bei den Studierenden. Um den Ursachen, die nicht im Schulwesen liegen, entgegenzuwirken, sind die Betreuung und Beratung von Studierenden mit Migrationshintergrund für den Studienverlauf, aber auch für die Studienfinanzierung zu verbessern. Zugangshürden für Zugewanderte in der ersten Generation sind zu beseitigen. Für Geflüchtete braucht

es Studienanreize im Sinne einer Bleibeperspektive.

Deswegen wollen wir im Einzelnen

- Mentoringprogramme ausbauen,
- über darlehens- und stipendienbasierte Studienfinanzierungsmöglichkeiten in gymnasialen Oberstufen, Fach- und Berufsoberschulen stärker informieren,
- die Anerkennung der zum Hochschulzugang berechtigenden Schulabschlüsse erleichtern und kostenfrei stellen,
- Studienkollegplätze erhöhen und
- den erfolgreichen Hochschulabschluss als Indikator für eine gelungene Integration auch im Aufenthaltsrecht wertschätzen.

e. Weiterbildung

Integration durch Bildung muss sich neben Kindern, die das hiesige öffentliche Bildungswesen von klein auf durchlaufen, auch an deren Eltern und Erwachsene richten. Wir wollen das Miteinander und die Teilhabe aller Altersgruppen stärken. Hierzu braucht es vor allem niedrigschwellige Weiterbildungsangebote, die den Bedürfnissen der Betroffenen entsprechen.

Hierzu wollen wir

- die Schreib- und Lesefertigkeiten von Zugewanderten verbessern, indem wir Volkshochschulen und Einrichtungen, die Alphabetisierungskurse anbieten, stärker fördern,
- Alphabetisierungskurse mit anderen Bereichen der Grundbildung wie Gesundheit, Finanzen, IT-Kenntnisse besser verzahnen und als Land mit den Volkshochschulen entsprechende Aufbaumodule entwickeln,
- eine umfassende Weiterbildungsberatung für berufsbezogene und nichtberufsbezogene Weiterbildung einführen.

4. Berufliche Teilhabe

Berufliche Teilhabe gehört zu den zentralen Schlüsseln für Integration, denn wir sind eine Arbeitsgesellschaft. Arbeit ist nach wie vor für die meisten nicht nur ein Mittel zum finanziellen Fortkommen, sondern sinn- und identitätsstiftend. Ein Beruf vermittelt uns eine Aufgabe und damit einen Platz in der Gesellschaft. Deswegen ist berufliche Teilhabe auch für die Integration so wichtig.

Hier müssen

- der Arbeitsmarkt für Zugewanderte geöffnet,
- Diskriminierung und Zugangshürden in den Arbeitsmarkt abgebaut,
- Beratung und Qualifizierung verbessert,
- die Zahl hier lebender und integrierter Deutscher mit Zuwanderungs-geschichte im Staatsdienst erhöht und
- Arbeitsmigration gezielt und bedarfsgerecht organisiert werden.

Damit Integration im Beruf gelingt, müssen Zugewanderte frühere und in der Sache weitreichendere Zugänge in den Arbeitsmarkt erhalten; denkbar wäre eine generelle Arbeitserlaubnis ohne Wartefrist und bürokratische Vorrangprüfung für Asylberechtigte, subsidiär Schutzbedürftige und Geduldete. Wer sich selbst versorgen kann, ist nicht auf Sozialleistungen angewiesen; damit würden auch die Sozialsysteme entlastet werden. Weitere faktische Hürden für die Ausübung eines Berufs müssen identifiziert und behoben werden. Menschen brauchen ein lebensbegleitendes Angebot an Beratung und Qualifizierung. Das hilft nicht nur, aber insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund. Als Vorbilder im Staatsdienst und Ausdruck einer gleichberechtigten Zuwanderungsgesellschaft müssen mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Und gleichzeitig brauchen wir ein Zuwanderungskonzept für gezielte und geordnete Arbeitsmigration, um dem Fachkräftebedarf und den Folgen des demografischen Wandels – beispielsweise – im Pflegebereich zu begegnen. Die SPD wirbt hier seit Jahren für ein entsprechendes Zuwanderungsgesetz.

a. Spracherwerb

Wer die gemeinsame Sprache nicht beherrscht, kann sich mit anderen nicht verständigen. Sprachkompetenzen haben daher eine Schlüsselrolle für den Zugang in den Arbeitsmarkt. Defizite zu beheben, ist für die berufliche Integration von zentraler Bedeutung. Die Sprachförderung muss dabei schnell, niedrighschwellig und möglichst lebensbegleitend ansetzen. Der Erfolg flächendeckender Sprachvermittlung hängt auch davon ab, möglichst viele Menschen anzusprechen, Kommunen einzubinden und auf die Bedürfnisse der Betroffenen, insbesondere die der Frauen, Rücksicht zu nehmen.

Wir wollen

- den schnellen Spracherwerb erreichen, indem wir uns für ein Recht auf einen Sprachkurs starkmachen und Sprachkurse auch auf kommunaler Ebene fördern,
- den Ausbau der sogenannten Second-Chance-Sprachkurse, weil auch nach einem Kursabbruch niemandem geholfen ist, wenn Menschen Sprachdefizite haben,
- Sprachkurse auch für hier dauerhaft lebende Erwachsene schaffen und Selbstorganisationen und Elterninitiativen gewinnen, um für die Teilnahme gezielt zu werben,
- Teilnahmehürden für Frauen mit Kindern beseitigen, indem wir flächendeckend Kinderbetreuung für Sprachkurse fördern.

b. Anerkennung von Abschlüssen und Nachqualifizierung

Die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse stellt eine weitere Herausforderung für die Integration in den Arbeitsmarkt dar. Die Anerkennung muss vereinfacht werden. Insbesondere müssen Hürden für das häufig komplizierte, kostspielige und langwierige Anerkennungsverfahren gesenkt werden. Betroffene brauchen Beratung vor, während und nach dem Anerkennungsverfahren und Zugang zu Fortbildungen und Nachqualifizierungsmaßnahmen. Das gilt sowohl für den Fall, dass vorhandene Abschlüsse nicht vergleichbar sind, als auch dafür, dass gar kein

berufsqualifizierender Abschluss vorhanden ist. Letzteres tritt bei Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich oft auf.

Deswegen wollen wir

- die Kosten des Anerkennungsverfahrens sozialverträglich gestalten und über die WiBank zinslose Darlehen für die Anerkennungskosten zur Verfügung stellen,
- einen Rechtsanspruch auf Beratung vor, während und nach dem Anerkennungsverfahren schaffen,
- Zertifikatsprüfungen in einfacher Sprache gestalten, um doppelte Benachteiligung zu vermeiden,
- ein Recht auf Ausgleichsmaßnahmen und Nachqualifizierung schaffen, wenn Abschlüsse nicht vergleichbar sind,
- mit den unterschiedlichen Bildungsträgern, Kammern und Innungen ein Maßnahmenpaket für nachholende Qualifikation auflegen, das sich an Migrantinnen und Migranten ohne berufsqualifizierenden Abschluss richtet.

c. Beratung und Vermittlung

Der Erfolg vieler Programme zur beruflichen Integration hängt davon ab, Betriebe und Migrantinnen und Migranten zu informieren, passgenau zu beraten und bei der Vermittlung zu unterstützen. Die Antworten sind vielfältig, weil sich die Herausforderungen für Menschen, die bereits lange hier leben, stark von denen der neu Zugewanderten unterscheiden. Der Bedarf an Information und Beratung beginnt bereits bei der Ansprache von Eltern und Studierenden außerhalb dualer Studiengänge und der Unterstützung von Bewerbungsprozessen. Gerade vor dem Hintergrund des Generationswechsels in zahlreichen Betrieben müssen Migrantinnen und Migranten unterstützt und ermutigt werden, in die Selbstständigkeit zu gehen. Betriebe mit Inhabern ausländischer Herkunft sollen und werden künftig zunehmen und benötigen Unterstützung, wenn sie die Fachkräfte von morgen ausbilden. Für die Geflüchteten brauchen wir niedrigschwellige Einstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt. Deswegen

ist zu begrüßen, dass die SPD im Bund vermittlungsunterstützende Leistungen des SGB III auch für Asylbewerber/-innen mit guter Bleibeperspektive, Geduldete und Inhaber/-innen bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel durchgesetzt hat. Unternehmen, die einstellen wollen, müssen stärker unterstützt werden.

Wir wollen

- eine aktive und aufsuchende Familienpolitik, die die Erziehungskompetenz und Ausbildungsorientierung von Eltern stärkt,
- ein Landesportal für Bewerbungsprozesse für Studium, Praktika und Ausbildung für Menschen mit Migrationshintergrund und Zugewanderte,
- mit regionalen Kammern, Unternehmensverbänden, Selbstorganisationen und den Ausländerreferaten der Allgemeinen Studierendenausschüsse Plattformen für den direkten Kontakt von Unternehmen und ausländischen Studierenden entwickeln,
- Schutzsuchende in Erstaufnahmeeinrichtungen durch Beschäftigungspiloten an die Arbeitsvermittlung heranführen,
- Arbeitsgelegenheiten für Geflüchtete ausbauen,
- kleine und mittelständische Unternehmen durch den Abbau von Bürokratie und mithilfe von Eingliederungszuschüssen dabei unterstützen, ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen,
- Existenzgründungen durch Beratungsangebote für Arbeitnehmer/-innen stärker fördern und
- Betrieben mit Inhaber/-innen ausländischer Herkunft Ausbildungsberater und -beraterinnen zur Seite stellen.

d. Stärkung der Antidiskriminierungspolitik

Eine bessere berufliche Integration setzt schließlich auch voraus, für die Chancen von Vielfalt in Betrieben und unserer Unternehmenslandschaft zu werben und Diskriminierung zu erkennen und abzubauen. Diversitätsarbeit steckt in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Zwei Drittel aller Unternehmen haben noch keine

Maßnahmen im Bereich des sogenannten Diversity Management umgesetzt. Nur ein kleiner Teil plant konkrete Schritte. Wir müssen die Aufklärungsarbeit hinsichtlich gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen verbessern. Die Antidiskriminierungs-politik gegen Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus müssen wir ausbauen und verstetigen. Gesetzliche Lücken im Bereich der Diskriminierung müssen insbesondere auf landesrechtlicher Seite geschlossen werden. Und die öffentliche Hand muss ihrer Vorbildrolle bei der Besetzung eigener Stellen, insbesondere bei Führungspositionen, gerecht werden und ihren Einfluss auf die Vielfalt in Betrieben bei der öffentlichen Auftragsvergabe wahrnehmen.

Wir wollen

- Bürgerinnen und Bürger besser über gesellschaftliche Ausschluss-mechanismen informieren und unterstützen ein Label, das die Unterzeichnenden der Charta der Vielfalt kennzeichnet,
- das Netzwerk gegen Diskriminierung mit Landesmitteln fördern und einen Hilfsfonds für Diskriminierungsopfer einrichten,
- ein Verbandsklagerecht durchsetzen, das nicht gewinnorientierten Organisationen ermöglicht, Verstöße gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz gerichtlich geltend zu machen, und klagende Verbände bei den Prozesskosten unterstützen,
- dem Vorbild anderer Bundesländer folgen und ein Hessisches Antidiskriminierungsgesetz einführen, das Lücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes des Bundes schließt und es Betroffenen erleichtert, ihre Rechte durchzusetzen,
- die Diversity-Arbeit fördern, indem wir bei der Vergabe von Landesaufträgen Kriterien des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes berücksichtigen,
- die Vielfalt in der Landesverwaltung, insbesondere in Behörden mit häufigem Bürgerkontakt wie der Polizei steigern,
- als Land vorweggehen und anonyme Bewerbungsverfahren einführen, um Benachteiligungen bei der Bewerberauswahl abzubauen.

5. Integration im Wohnquartier

Dort, wo wir leben, erledigen wir tägliche Geschäfte, wir treten mit Nachbarn in Kontakt, tauschen uns aus, sind regelmäßig Teil des sozialen und kulturellen Lebens. Deswegen hat die Gestaltung des Wohnquartiers auch eine so große Bedeutung für den Integrationsprozess. Gleichzeitig stellen Probleme im Wohnquartier häufig auch Hürden für eine gelungene Integration dar.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik im Wohnquartier muss

- Debatten über sogenannte Problembezirke versachlichen und
- zwischen migrationspezifischen und sozialen Konflikten differenzieren.

Sie darf sich nicht auf die Bereitstellung von Wohnraum beschränken, sondern muss einen ganzheitlichen Ansatz im Sinne der sozialen Quartiersentwicklung verfolgen. Und sie muss die Voraussetzungen für Begegnung und Dialog schaffen, ohne hinsichtlich der ethnischen, kulturellen und sozialen Zusammensetzung von Quartieren zu pauschalisieren. Freiwillige Segregationen können positive Auswirkungen auf die Integration haben, wenn Identifikationspersonen gerade in der Übergangsphase den neu Zugewanderten in den Stadtteilen zur Verfügung stehen. Solche Phänomene müssen wir integrationspolitisch nutzen.

Gleichzeitig müssen wir

- mit Mitteln des Wohnungsbaus,
- der Stadtentwicklung und
- der Bildungspolitik
- verhindern, dass ganze Stadtteile ab- und ausgegrenzt werden.

a. Öffentlich geförderter Wohnungsbau

Wohnungsmärkte zu entspannen und benachteiligte Gruppen mit Wohnraum zu versorgen ist Gegenstand öffentlicher Wohnungspolitik. Das ist gut für das soziale Miteinander im Quartier. Davon profitieren ganz konkret alle Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Darunter sind aber auch überdurchschnittlich häufig Menschen mit Migrationshintergrund, die im Wohnungsmarkt Mehrfachbenachteiligungen erfahren. Wir müssen den öffentlichen Wohnungsbau stärken und ihm in Zeiten von Niedrigzinsen über Zuschussförderungen neuen Schub verleihen. Der Trend zum Wegfall von Wohnungen mit Sozial- und Preisbindung aus dem Markt muss durch zusätzlichen Wohnungsbau, aber auch auf regulatorischem Weg umgekehrt werden. Um die soziale und indirekt auch kulturelle Ausgewogenheit von Stadtteilen zu sichern, müssen wir Verdrängungswirkungen verhindern und Kommunen und ihren Wohnbaugesellschaften mehr Steuerungs-möglichkeiten und Gestaltungsspielräume in ihrer Wohnbaupolitik einräumen. Sprachliche Barrieren dürfen Migrantinnen und Migranten nicht hindern, öffentliche Wohnbauangebote in Anspruch zu nehmen oder ihre Rechte bei der Wohnungssuche durchzusetzen.

Wir wollen

- den Anteil für preis- und sozial gebundenen Wohnraum durch den Neubau von 60.000 öffentlich geförderten Wohnungen in den nächsten zehn Jahren und den Ankauf von weiteren Belegungsrechten erhöhen,
- dem öffentlich geförderten Wohnungsbau mit Zuschussförderungen als Ergänzung zu günstigen Krediten neuen Schub verleihen,
- den Wegfall von Sozialwohnungen durch Einführung einer Fehlbelegungs-abgabe zusätzlich reduzieren und die Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau einsetzen,
- der Verdrängung von Haushalten mit kleinen Einkommen Einhalt gebieten, bspw. indem wir die Sanierungsumlage weiter senken,
- die Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Kommunen und ihre Wohnbaugesellschaften verbessern, indem wir Bindungsdauern verlängern, den vorzeitigen Wegfall von Bindungen stärker reglementieren und Kommunen in die Lage versetzen, ihr Grundvermögen in Pools zu bündeln, zu entwickeln und zu

- mehren statt es zu privatisieren,
- Informationen über Wohnungsbau und Förderprogramme in allen gängigen Sprachen von Migrantinnen und Migranten anbieten und
- über die Rechtslage bei Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt aufklären.

b. Stadtteile mit besonderen Bedarfen

Neben der reinen Wohnbaupolitik geht es aber auch darum, besondere Bedarfe von Stadtteilen zu befriedigen. Beispielsweise haben Stadtteile mit hoher kultureller, ethnischer und religiöser Diversität auch einen erhöhten Bedarf an Begegnungsstätten. Jeder Stadtteil ist anders und braucht andere Antworten. Vielfältige Ansätze der Beratung und Prävention, der baulichen, infrastrukturellen, familien-, kultur-, bildungs- und sozialpolitischen Stadtteilaufwertung müssen ineinandergreifen. Für passgenaue Antworten auf die jeweiligen Bedarfe eines Stadtteils braucht es zuallererst ein funktionierendes und stetiges Monitoring, das Warnsignale frühzeitig aufnimmt und rückmeldet. Konflikte müssen moderiert werden, bevor ganze Quartiere „kippen“. Damit Stadtteile dauerhaft aufgewertet und soziale Schieflagen verhindert werden, müssen Maßnahmenfinanzierungen verstetigt werden. Insbesondere braucht es eine Revitalisierung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt und eine dauerhafte Förderung auf hohem Niveau.

Wir wollen

- Schulen in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil zu Stadtteilzentren entwickeln,
- Kitas und Schulen in Quartieren mit hoher sozialer Belastung attraktiver machen und personell und sächlich besonders gut ausstatten,
- eine präventive Stadtpolitik, die Instandsetzungen und Modernisierungen durchführt, bevor Menschen wegziehen,
- Aufsteiger durch städtebauliche Aufwertungsmaßnahmen, heterogene Wohnungsmärkte und gezielte Ansprache zum Verbleib bzw. Zuzug in sozial und kulturell heterogene Stadtteile bewegen,

- mehr Mittel für das Stadtteil-Monitoring und die Konfliktmoderation sowie den Ausbau von Beteiligungsprozessen in der Quartiersentwicklung,
- soziale und kulturelle Heterogenität in Stadtteilen fördern, indem wir Diskriminierung beim Zugang zu Wohnraum bekämpfen, und
- eine dauerhafte und verlässliche Förderung statt kurzfristiger Modellprojekte, insbesondere den Ausbau des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt und die Aufstockung des sozialen Bausteins (Quartiersmanagement).

6. Gesellschaftliche Partizipation

Ein weiterer Baustein für gelungene Integration ist der Ausbau politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Partizipation ist wichtig für den Integrationsprozess, weil sie zum Aufbau von sozialem Kapital und zur Stärkung sozialen Vertrauens führt. Migrantinnen und Migranten sind gleichberechtigter Teil unserer vielfältigen Gesellschaft. Ihre Sichtweisen und Erfahrungen müssen angemessen in Gesellschaft, Politik, Kultur und Medien repräsentiert werden. Es geht aber nicht nur um Repräsentation, sondern auch um aktive Teilhabe und Mitgestaltung. In Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse sind sie gleichberechtigt einzubeziehen. Vorhandene Chancen sollen aber auch ergriffen werden. Dafür ist die Stärkung der Freiwilligen- und ehrenamtlichen Arbeit wichtig. Es braucht Patenschafts- und Mentoringprogramme. Migrantenselbstorganisationen sind bei der Stärkung gesellschaftlicher Partizipation ein wichtiger Partner.

a. Demokratiewerk

Demokratiewerk beginnt vor Ort. Migrantinnen und Migranten sind frühzeitig anzusprechen, vorzugsweise durch Aktive oder Mitarbeiter der Selbstorganisationen, am besten aus demselben Herkunftsland. Anfängliche Sprachbarrieren sollen durch muttersprachliche Ansprechpartner abgebaut werden. Selbstorganisationen und Muttersprachler sind von zentraler Bedeutung in der Übergangsphase. Sie müssen in den Dialog eingebunden werden und Integrationsprozesse positiv begleiten. Um aktive Teilhabe zu stärken, müssen niedrigschwellige Ansätze für sprachliche Kompetenzvermittlung und politische Bildung entwickelt werden. Für die ehrenamtliche Demokratiewerk braucht es bessere Rahmenbedingungen, beispielsweise durch eine klare Definition des bürgerschaftlichen Engagements und eine bessere Ausstattung von Vereinen und Verbänden, die sich im Bereich von Demokratie und im Kampf gegen Radikalisierung starkmachen.

Wir wollen

- Integrationslotsen, die die Rolle von muttersprachlichen Ansprechpartnern einnehmen und Sprachbarrieren abbauen helfen,
- niedrigschwellige Weiterbildungsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere in den Bereichen Sprachkompetenz und politische Bildung fördern und durch öffentlichkeitswirksame Informationsveranstaltungen bewerben,
- Migrantenselbstorganisationen als wichtige Partner für die positive Begleitung von Integrationsprozessen anerkennen und wertschätzen und im Dialog Strategien zur Stärkung und Förderung der Organisationen entwickeln,
- die ehrenamtliche Demokratiearbeit stärken,
- Programme gegen Extremismus weiterentwickeln, um Radikalisierung zu verhindern.

b. Angebote in Kultur und Medien

Identifikation entsteht nur, wenn wir religiöse Vielfalt und Interkulturalität auch in Kultur und Medien zeigen. Unterrepräsentierte Gruppen müssen gefördert werden. Vielfalt ist sowohl im Personal als auch in den Inhalten von Kultur und Medien zu begrüßen. Bei der Wahl von Darstellern und Protagonisten im Fernsehen können Identifikationsfiguren geschaffen werden, die Gemeinsamkeiten glaubwürdig transportieren. In den Medien braucht es eine differenzierte und ausgewogene Berichterstattung, die positive Erfolge auch kennzeichnet. Die Sichtweisen und Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund müssen in die Kultur- und Medienarbeit einbezogen werden. In Jurys, Beiräten und Kuratorien brauchen wir mehr Menschen mit Migrationshintergrund, damit ihre Erwartungen und Wünsche in Programmen und der Kulturarbeit besser berücksichtigt werden. Kulturelle Einrichtungen, die sich mit den Themen Migration, Integration und Vielfalt beschäftigen, wollen wir fördern. Wir begrüßen die stärkere Berücksichtigung integrationsrelevanter Themen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Gleichzeitig müssen Programme auch darauf ausgelegt sein, Migrantinnen und

Migranten frühzeitig deutsche und hessische Kultur zu vermitteln. Hier bietet sich eine enge Zusammenarbeit mit fremdsprachigen Medienangeboten an, die von Migrantinnen und Migranten als besonders glaubwürdig wahrgenommen werden. Die historische und kulturelle Erinnerungsarbeit muss für Migrantinnen und Migranten geöffnet werden. Denn Geschichte bestimmt das Zusammenleben.

Wir wollen

- Förderinstrumente für interkulturelle künstlerische Projekte schaffen und stärken,
- historische und kulturelle Erinnerungsarbeit für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und mit den Selbstorganisationen entsprechende Programme entwickeln,
- in Schulen mehr Raum für Medienarbeit schaffen, um Jugendliche für die Medienarbeit zu begeistern,
- ethnozentrische Sichtweisen durchbrechen, indem wir die Zusammenarbeit zwischen Medienangeboten und Medienschaffenden vereinfachen,
- hessische Kultur für alle zugänglich machen, indem wir die Zusammenarbeit mit fremdsprachigen Medienangeboten vertiefen,
- die Kulturförderung in den Themenbereichen Migration, Integration, Vielfalt erhöhen.

c. Sport und Ehrenamt

Der sportliche Wettkampf steht für Toleranz und Respekt. Sport schafft Zugehörigkeit unabhängig von der Herkunft. Gleichzeitig stellen Sportvereine die höchste Zahl an Ehrenämtern. Ehrenämter sind wichtig für uns, weil sie an zentralen Stellen die Gemeinwesenarbeit organisieren: vom Katastrophenschutz bis zum Sport. Wer sich engagiert und beteiligt, identifiziert sich mit den Erfolgen. Sport und Ehrenamt unterstützen die Integration von Zugewanderten und Menschen mit Migrationshintergrund. In Vereinen begegnen wir uns, lernen uns kennen und wertschätzen. Geflüchtete finden hier Orientierung. Vereine sind

Integrationsmotoren. Deswegen müssen wir den Organisationsgrad von Menschen mit Migrationshintergrund erhöhen und die Übernahme von Verantwortung durch Migrantinnen und Migranten fördern. Es gibt zu wenige Übungsleiter, Jugendleiter und Vereinsvorsitzende mit Migrationshintergrund. Die Qualifizierungsoffensive der Sportjugend ist ein wichtiges Signal, das auch in anderen Verbänden umgesetzt werden sollte. Wir müssen die Rahmenbedingungen für den Sport verbessern und die Vereine unterstützen, Integrationskompetenzen zu entwickeln und Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund zu gewinnen. Menschen mit Migrationshintergrund bergen ein enormes Potenzial an Mitgliedern und Führungskräften für unsere vielfältige Ehrenamtslandschaft. Zur Nachwuchsgewinnung müssen Vereine sensibilisiert und Schnittstellen zwischen der Vereinsarbeit und den Schulen geschaffen werden.

Wir wollen

- gemeinsam mit den Selbstorganisationen ein Landesprogramm auflegen, um für Vereinsmitgliedschaften und Ehrenamt zu werben,
- nicht nur Vereine auszeichnen, die sich in der Integrationspolitik besonders abheben, sondern die Breitenförderung für Integrationsarbeit ausbauen,
- Integrationswillen wertschätzen, indem wir im Aufenthaltsrecht die Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten belohnen,
- Sportstätten und Vereinsförderung auch aus integrationspolitischen Erwägungen ausbauen,
- Vereinen Integrationslotsen beratend zur Seite stellen und
- die Vereine bei der Ausbildung von Integrationskompetenzen und der Gewinnung und Ausbildung von Führungskräften mit Migrationshintergrund personell und sächlich unterstützen, weil es der Integration dient und weil es hilft, die ehrenamtliche Arbeit in der Fläche zu sichern.

d. Politische Willensbildung

Als gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft müssen Migrantinnen und Migranten

auch die Möglichkeit haben, die Politik in unserem Land mitzugestalten. Und sie müssen Verantwortung für die Politik in unserem Land übernehmen. Die Einräumung von Rechten ist dabei notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für umfassende Teilhabe. Schwellen für die politische Partizipation müssen gesenkt werden. Das beginnt bei mehrsprachigen Informationsangeboten und Plattformen der Parteien, die Verantwortung für die politische Integration von Menschen mit Migrationshintergrund tragen. Es schließt die Öffnung der kommunalen Entscheidungsprozesse durch eine Stärkung der Ausländerbeiräte und eine Schaffung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer ein. Es heißt aber in letzter Konsequenz, dass langjährige Einwohner nicht wie Bürger zweiter Klasse behandelt werden dürfen und mit Blick auf die verfassungsrechtlichen Bedingungen bei der Wahlberechtigung eine Einbürgerungsperspektive brauchen.

Wir wollen

- mit Bürger- und Stadtteilfesten einen Ort der Begegnung zwischen den Bürgern, aber auch mit den politisch Verantwortlichen schaffen,
- über Möglichkeiten der politischen Teilhabe auch in mehrsprachigen Angeboten informieren,
- die Rechte der Ausländerbeiräte in den Kommunalparlamenten erweitern,
- ein Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene schaffen,
- Einbürgerungen erleichtern und die doppelte Staatsbürgerschaft ohne Optionszwang anerkennen.